

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Omid Nouripour, Tom Koenigs,
Luise Amtsberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/5931 –**

Menschenrechtslage in Usbekistan

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Menschenrechtslage ist in Usbekistan unverändert eine der schlechtesten der Welt. Die usbekischen Behörden gehen rigoros gegen jegliche Kritik an der Regierung vor. Unabhängige Aktivisten und Aktivistinnen, Journalisten und Journalistinnen und Menschenrechtsverteidiger und Menschenrechtsverteidigerinnen werden überwacht, bedroht, willkürlich inhaftiert und häufig zu langen Haftstrafen verurteilt. Nur sehr wenige Menschenrechtsaktivisten wagen es noch, offen in Usbekistan zu arbeiten. Häufig werden ganze Familien bedroht, drangsaliert und verfolgt.

Laut Angaben von Amnesty International ist Folter in Usbekistan weit verbreitet und wird routinemäßig eingesetzt, um Männer und Frauen zum Unterzeichnen falscher Geständnisse zu zwingen. Richter verurteilen Angeklagte regelmäßig auf Grundlage solcher erpressten „Geständnisse“ zu langen Haftstrafen. (www.amnesty.org/en/countries/europe-and-central-asia/uzbekistan/report-uzbekistan). Mit besonderer Härte verfolgen die usbekischen Behörden neben Regierungskritikern und Menschenrechtsaktivisten auch unabhängige Musliminnen und Muslime, die staatlich nicht kontrollierte Moscheen besuchen sowie tatsächliche oder nur vermeintliche Mitglieder islamistischer Gruppen. In der Regel rechtfertigen die Behörden dies mit dem Verweis auf die nationale Sicherheit und Terrorismusbekämpfung.

Nach Angaben von Freedom House gehört Usbekistan zu den zehn Ländern mit den gravierendsten Verletzungen von Menschen- und Bürgerrechten. Reporter ohne Grenzen stuft Usbekistan unter den 15 Ländern mit der geringsten Pressefreiheit weltweit ein (en.rsf.org/press-freedom-barometer-journalists-killed.html?annee=2015). In ihrem jährlichen Bericht verweist Human Rights Watch auf die anhaltende Verfolgung jeder politischen Opposition, auf Zwangssterilisierungen, die Verfolgung religiöser Minderheiten, den Einsatz von Kinderarbeit und die Beschneidung der Medienfreiheit (www.hrw.org/world-report/2015/country-chapters/uzbekistan).

Für internationale Beobachter ist das Land praktisch unzugänglich. Derzeit sind 13 Besuchsanfragen von UN-Sonderberichterstattern anhängig, darunter die des

Sonderberichterstatters über Folter. Internationalen Menschenrechtsorganisationen und ausländischen Medien wird der Zugang verwehrt. Im Jahr 2013 traf das Internationale Komitee des Roten Kreuzes die Entscheidung, seine Gefangenengesuche in Usbekistan einzustellen, da das Komitee in Usbekistan seine Arbeitsstandards, wie beispielsweise die vertrauliche Befragung von Gefangenen, nicht aufrechterhalten konnte und Besuche daher „sinnlos“ geworden waren (<https://www.icrc.org/eng/resources/documents/news-release/2013/04-12-uzbekistan-detainees.htm>). Die Regierung von Usbekistan weist jegliche Vorwürfe der weit verbreiteten Folter als unbegründet zurück. Allerdings gewährt sie weder Menschenrechtsorganisationen noch dem UN-Sonderberichterstatter für Folter Zugang zur Überprüfung dieser Aussagen.

Die jüngst abgehaltenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen können über den diktatorischen Charakter des usbekischen Regimes nicht hinwegtäuschen. In Usbekistan gibt es keine registrierten unabhängigen oder oppositionellen Parteien, alle offiziellen Parteien unterstützen Präsident Islom Karimov. Die Wahlbeobachtungsmision der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa OSZE kritisierte den völligen Mangel an politischen Alternativen, die rechtlichen Hindernisse für die Etablierung von Oppositionskandidaten sowie Parteien, die Instrumentalisierung der Medien und Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung der Wahlen.

Im Jahr 2009 hat sich Deutschland innerhalb der EU für eine Aufhebung der im Zuge des Massakers in Andijan (2005) verhängten Sanktionen eingesetzt. Noch bis zum Jahr 2010 waren die Menschenrechtsverletzungen in Usbekistan in der EU regelmäßiges Thema, danach ging die Aufmerksamkeit und Behandlung des Themas merklich zurück. Davon unbenommen unterhält die Bundesregierung weiterhin sicherheitspolitische und wirtschaftliche Kooperation mit Usbekistan. Der deutsch-usbekische Wirtschaftsrat wurde kürzlich gegründet, in dem mehr als 50 deutsche Unternehmen vertreten sind. Auf einer Tagung des Rates am 25. Februar 2015 empfing der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, die usbekische Delegation; es wurden Handels- und Investitionsverträge in einer Gesamthöhe von 2,8 Mrd. US-Dollar unterzeichnet.

Nach Angaben des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ (4. April 2015) verdoppelte sich der Mietpreis für die Nutzung des Militärflughafens in Termez durch die deutsche Bundeswehr. Bis Ende 2014 nutzte die Bundeswehr den Flughafen als Drehkreuz für die Truppen in Afghanistan. Derzeit werden die Transporte für den Einsatz im Rahmen von Resolute Support direkt nach Masari-Scharif geflogen. Nach wie vor verweigert die Bundesregierung Transparenz im Umgang mit den Kosten für die Nutzung des Militärflughafens (siehe Einstufung der Antwort auf die schriftliche Frage des Abgeordneten Omid Nouripour, Bundestagsdrucksache 18/5284, 15. Juni 2015).

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International werfen der Bundesregierung vor, sicherheitspolitische, geopolitische und wirtschaftliche Interessen den Vorrang vor dem Menschenrechtsschutz in Usbekistan einzuräumen. Im Jahr 2009 hat sich Deutschland innerhalb der EU für eine Aufhebung der in Reaktion auf das Massaker in Andijan (2005) verhängten Sanktionen eingesetzt, obwohl weder eine von der EU angemahnte unabhängige Untersuchung der Ereignisse stattgefunden hatte noch eine Verbesserung der Menschenrechtslage im Land zu beobachten war. Noch bis zum Jahr 2010 waren die Menschenrechtsverletzungen in Usbekistan regelmäßiges Thema im EU-Außenministerat, danach verschwand das Thema von der Tagesordnung des Außenministerates, obwohl sich die Menschenrechtssituation nicht signifikant verbessert hatte.

Das EU-Parlament forderte in seiner Resolution vom 23. Oktober 2014 zu Menschenrechten in Usbekistan die Hohe Vertreterin der EU, den EAD und die Mitgliedstaaten dazu auf, eine Strategie zu entwickeln, mit der Usbekistan unter Androhung gezielter Strafmaßnahmen dazu angehalten werden sollte, die Menschenrechtslage im Land konkret und messbar zu verbessern. Zudem forderte das Parlament die EU im Falle ausbleibender Fortschritte Usbekistans dazu auf,

im Rahmen des UN-Menschenrechtsrats die Einrichtung eines Sondermechanismus zu Usbekistan zu initiieren. Als Frist für die Verwirklichung messbarer Fortschritte legte das EU-Parlament den 10. Jahrestag des Massakers von Andijan, den 13. Mai 2015 fest. Dieses Datum ist inzwischen verstrichen, ohne dass Verbesserungen im Menschenrechtsschutz zu verzeichnen sind.

Vielfach wird kritisiert, die Europäische Union und die Bundesregierung nutzen vorhandene politische Spielräume nicht, um eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Usbekistan herbeizuführen. Das Schweigen von Bundesregierung und EU zu den Menschenrechtsverletzungen in Usbekistan ist nicht nur mit einer wertegeleiteten Außenpolitik unvereinbar sondern verspielt wichtiges Vertrauen Deutschlands in der Region. Eine solche Politik des Wegschauens trägt zur Stabilisierung der diktatorischen Regierung Usbekistans bei.

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Menschenrechtslage in Usbekistan, insbesondere in folgenden Bereichen:

- a) Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

Die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sind in Usbekistan zwar durch die Verfassung garantiert, unterliegen in der Realität jedoch starken Einschränkungen. Beantragte Demonstrationen werden in aller Regel nicht genehmigt.

- b) Pressefreiheit

Die Massenmedien sind nur laut Verfassung grundsätzlich frei, allerdings unterliegen sie in der Praxis weiterhin weitestgehender staatlicher Kontrolle was bei Journalisten zur Selbstzensur führt. Kritische Medienartikel sind selten.

- c) willkürliche Inhaftierungen und unfaire Gerichtsverfahren

Die Bundesregierung setzt sich für faire und den rechtsstaatlichen Standards entsprechende Gerichtsverfahren in Usbekistan ein. Vertreter der Deutschen Botschaft sind, soweit Zugang gewährt wird, bei Gerichtsprozessen gegen Menschenrechtsaktivisten anwesend.

- d) Folter und Straflosigkeit bei Folttervorwürfen

Die Bundesregierung nimmt Berichte über Folter in Usbekistan mit großer Besorgnis zur Kenntnis und setzt sich kontinuierlich für die Einladung des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen für Folter ein, so auch insbesondere im Rahmen der Universellen Staatenüberprüfungsverfahren zu Usbekistan des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen im April 2013. Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 12 verwiesen.

- e) Haftbedingungen

Die Bundesregierung setzt sich weiterhin für eine Verbesserung der Haftbedingungen in Usbekistan sowie für die Wiederaufnahme der Besuche usbekischer Gefängnisse durch das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) ein. Des Weiteren wird auf die Antwort zu Frage 13 verwiesen.

f) Menschenrechtsverletzungen im Zuge der Terrorismusbekämpfung

Die Bundesregierung setzt sich gegenüber Usbekistan stets für die Einhaltung der Menschenrechte ein. Dies schließt auch die Terrorismusbekämpfung ein. Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 46 und 47 verwiesen.

g) Zwangsarbeit

Die vor allem bei der Baumwollernte praktizierte Kinderarbeit ist zurückgegangen: Seit 2012 hat es keinen organisierten Einsatz von Kindern unter 16 Jahren mehr gegeben. Die Baumwollernten 2013, 2014 und 2015 wurden von Inspektionsteams der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vor Ort beobachtet, im Ergebnis wird der in den bisherigen Berichten übermittelte positive Trend bei der Bekämpfung von Kinderarbeit bestätigt. Dennoch gibt es weiterhin Berichte über Zwangsarbeit von Erwachsenen die die Bundesregierung mit Sorge zur Kenntnis nimmt.

h) Bedingungen in psychiatrischen Einrichtungen?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

2. Wie hat sich die Menschenrechtssituation in Usbekistan nach Erkenntnissen der Bundesregierung seit Aufhebung der nach dem Massaker von Andischan verhängten EU-Sanktionen entwickelt?

Weder durch die Sanktionen noch durch ihre 2010 erfolgte Aufhebung wurde eine grundsätzliche Verbesserung der Menschenrechtssituation erreicht. Im Einzelnen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

3. Auf welche Weise und bei welchen konkreten Gelegenheiten hat die Bundesregierung sich in den vergangenen Jahren für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Usbekistan eingesetzt? Welche Mitarbeiterkapazitäten stehen der Deutschen Botschaft Taschkent für die Bearbeitung der Menschenrechtspolitik zur Verfügung?

Die Bundesregierung spricht die Frage der Menschenrechte in Usbekistan regelmäßig im Rahmen von bilateralen Gesprächen an, so zum Beispiel anlässlich des Besuchs des usbekischen Außenministers Abdulaziz Kamilov in Berlin im Oktober 2014 oder im Rahmen des Besuchs des Direktors des Nationalen Zentrums für Menschenrechte der Republik Usbekistan, Akmal Saidov, Ende September 2015. Auch in multilateralen Foren setzt sich die Bundesregierung für die Besprechung der Menschenrechtssituation in Usbekistan ein, so im Rahmen des Universellen Staatenüberprüfungsverfahrens zu Usbekistan des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen im April 2013 sowie zuletzt während des deutschen Vorsitzes im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im Juni 2015.

Die Menschenrechtssituation in Usbekistan wird darüber hinaus regelmäßig von der Europäischen Union gegenüber Usbekistan thematisiert, insbesondere im Rahmen des seit 2007 einmal jährlich stattfindenden EU-Menschenrechtsdialogs mit Usbekistan, aber auch der Kooperationsräte der EU mit Usbekistan. Die Bundesregierung wirkt aktiv an der Vorbereitung der EU-Menschenrechtsdialoge mit Usbekistan sowie an der Vorbereitung der regelmäßigen politischen Dialogtreffen der EU im Rahmen der Kooperationsräte und Kooperationsausschüsse mit, wie zuletzt beim EU-Usbekistan Kooperationsrat am 18. Mai 2015.

Die Deutsche Botschaft unterhält enge Kontakte zu den vor Ort tätigen Menschenrechts-verteidigern, Menschenrechtsorganisationen, internationalen Organisationen und den usbekischen Behörden.

4. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von Menschenrechtsorganisationen, dass es nicht ausreicht, Kritik an der Menschenrechtssituation in Usbekistan allein in vertraulichen Gesprächen und im Rahmen des EU-Menschenrechtsdialogs mit Usbekistan zu üben?

Die Bundesregierung beabsichtigt, auch in Zukunft die Verletzung von Menschenrechten in Usbekistan gegenüber der usbekischen Regierung bei bilateralen Gesprächen und anderen geeigneten Gelegenheiten sowie im EU-Rahmen zu thematisieren und sich für eine Verbesserung der Menschenrechtslage in dem Land einzusetzen. Sie hat dies etwa im Rahmen des Universellen Staatenüberprüfungsverfahrens zu Usbekistan des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen im April 2013 sowie zuletzt bei der Sitzung des VN-Menschenrechtsrats am 25. Juni 2015 getan.

5. Plant die Bundesregierung angesichts der fortgesetzten schweren Menschenrechtsverletzungen in Usbekistan den Druck auf die usbekische Regierung zu erhöhen?

Wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

Wenn nein, warum nicht?

Auf die Antwort zu Frage 4 wird verwiesen.

6. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, nach der die Bundesregierung in den Beziehungen mit Usbekistan sicherheitspolitische, militärische und wirtschaftlichen Interessen den Vorrang vor dem Menschenrechtsschutz einräumt?

Wenn nein, mit welchen konkreten Beispielen kann die Bundesregierung dieser Einschätzung entgegenreten?

Die Verteidigung der Menschenrechte gehört zu einem der Schwerpunkte deutscher Außenpolitik. Deshalb setzt sich die Bundesregierung kontinuierlich für die Einhaltung der Menschenrechte in Usbekistan ein und spricht Defizite bei der Achtung der Menschenrechte sowie konkrete Einzelfälle von Menschenrechtsverteidigern regelmäßig in Gesprächen mit Vertretern der usbekischen Regierung an.

Andischan

7. Wie bewertet die Bundesregierung über 10 Jahre nach dem Massaker in der Stadt Andischan im Jahr 2005, bei dem usbekische Sicherheitskräfte Hunderte weitestgehend unbewaffnete Frauen, Männer und Kinder töteten, den Stand der juristischen und politischen Aufklärung der damaligen Ereignisse?

Die Aufarbeitung der Vorfälle von Andischan durch die usbekische Regierung ist noch immer unzureichend.

8. Setzt sich die Bundesregierung für eine unabhängige Untersuchung des Masakers in Andischan ein?

Wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen und welchem Erfolg?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat den Prozess einer EU-Untersuchung der Vorfälle von Andischan aktiv gefördert und begleitet. Sie hat sich dafür eingesetzt, dass zwei Expertengruppen der EU in den Jahren 2006 und 2007 Gespräche führen und Untersuchungen der Vorfälle in Usbekistan vornehmen konnten.

9. Wie bewertet die Bundesregierung Erkenntnisse von Menschenrechtsorganisationen, wonach sich noch immer unzählige Menschen in Haft befinden, die in Reaktion auf die Vorfälle in Andischan 2005 willkürlich verhaftet, gefoltert und in unfairen Gerichtsverfahren zu langen Haftstrafen verurteilt wurden?

Die Bundesregierung nimmt die Berichte von Menschenrechtsorganisationen sehr ernst; ihr Inhalt gibt Anlass zur Sorge und bestätigt den fortgesetzten Handlungsbedarf.

Folter

10. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur Anwendung von Folter in Usbekistan?

Die Beantwortung der Frage ist gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums des Innern zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlussachen (VS-Anweisung – VSA) als „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft und wird als separater Anhang verschickt.

11. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des UN-Sonderberichterstatters zu Folter von 2008 sowie aktuellen Erkenntnisse von Amnesty International und Human Rights Watch, wonach Folter in Usbekistan systematisch angewandt wird?

Die Bundesregierung verfügt über keine eigenen Erkenntnisse über die systematische Anwendung von Folter. Gleichwohl nimmt sie Berichte über Folter in Usbekistan mit großer Sorge zur Kenntnis und thematisiert Folter im Dialog mit der usbekischen Regierung.

12. Mit welchen konkreten Maßnahmen und welchem Erfolg setzt sich die Bundesregierung für die Freilassung dieser Menschen und die Aufklärung der von ihnen erhobenen Folturvorfälle ein?

Die Bundesregierung spricht die Einhaltung des Verbots von Folter regelmäßig an, so im Rahmen des Universellen Staatenüberprüfungsverfahrens zu Usbekistan des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen im April 2013 sowie zuletzt bei der Sitzung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen am 24. Juni 2015. Des Weiteren wirkt die Bundesregierung aktiv bei der inhaltlichen Vorbereitung des einmal jährlich stattfindenden EU-Menschenrechtsdialogs mit Usbekistan mit, bei dem das Folterverbot ebenfalls regelmäßig Thema ist.

13. Wie bewertet die Bundesregierung die 2013 getroffene Entscheidung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, Besuche in usbekischen Gefängnissen einzustellen, da diese Besuche aufgrund der mangelnden Kooperation der usbekischen Behörden sinnlos seien?

Die Bundesregierung bedauert, dass die Bedingungen für eine erfolgreiche Tätigkeit des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) im Rahmen des Monitorings usbekischer Gefängnisse laut IKRK nicht gegeben sind und dass das IKRK sich gezwungen sah, seine Arbeit daraufhin einzustellen. Bilateral wie im Rahmen des EU-Menschenrechtsdialogs wirbt die Bundesregierung gegenüber der usbekischen Regierung für eine Verbesserung dieser Rahmenbedingungen und setzt sich für eine Wiederaufnahme der Gefängnisbesuche in Usbekistan durch das IKRK ein.

14. Hat die Bundesregierung diese Entscheidung und insbesondere die Gründe für diese Entscheidung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes mit den usbekischen Behörden aufgenommen?

Wenn ja, wie und mit welchem Ergebnis?

Wenn nein, warum nicht?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

15. Wie, bei welchen Gelegenheiten und mit welchem Ergebnis hat sich die Bundesregierung gegenüber der usbekischen Regierung dafür eingesetzt, dass die 13 anhängigen Besuchsanträge der UN-Sonderverfahren genehmigt werden, darunter die des UN-Sonderberichterstatters zu Folter?

Die Bundesregierung fordert kontinuierlich die Einladung des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen für Folter sowie anderer VN-Sonderberichterstatter nach Usbekistan, dies sowohl auf bilateraler Ebene als auch im Rahmen der EU-Menschenrechtsdialoge.

EU Zentralasienstrategie

16. Welche konkreten Ergebnisse wurden über die bloße Abhaltung des EU-Menschenrechtsdialogs hinaus durch die EU-Zentralasienstrategie in menschenrechtlicher Hinsicht erzielt?

Der EU-Menschenrechtsdialog ist ein wichtiges Element der EU-Zentralasienpolitik im Bereich der Menschenrechte. Er wird seit 2007 jährlich zwischen der EU und Usbekistan durchgeführt. Daneben ist eine der drei Säulen der EU-Zentralasienstrategie die Rechtsstaatsinitiative, für die Deutschland zusammen mit Frankreich die Rolle der Koordinatoren übernommen hat. Im Rahmen der EU-Rechtsstaatsinitiative finden Seminare und Fortbildungen für Rechtsanwender statt, Gerichtsentscheidungen werden veröffentlicht und die Regierungen der zentralasiatischen Länder erhalten Unterstützung bei der Umsetzung von Justizreformen. Diese Reformen sind bedeutsam für einen effektiven Schutz der Menschenrechte.

17. Welche konkreten Erfolge konnten durch den Menschenrechtsdialog zwischen EU und Usbekistan nach Auffassung der Bundesregierung bisher erzielt werden?

Im Rahmen des Menschenrechtsdialogs zwischen der Europäischen Union und Usbekistan werden neben allgemeinen Entwicklungen im Bereich der Menschen-

rechte stets auch Einzelfälle von inhaftierten Menschenrechtsverteidigern angesprochen, so auch der Fall des seit 2010 in Haft befindlichen Journalisten Hayrulla Hamidov, der letztendlich im Februar dieses Jahres aus dem Gefängnis entlassen wurde.

18. Wie bewertet die Bundesregierung den Erfolg des EU-Projekts zur Umsetzung der Strafrechtsreform in Usbekistan, das seit 2011 von der Deutsche Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) gemeinsam mit britischen und französischen Partnern umgesetzt wurde und zu dem laut Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Jahr 2012 (vgl. Bundestagsdrucksache 17/9470) auch die Komponenten Strafvollzug, Haftbedingungen und Untersuchungshaft gehörten?

Die Bundesregierung schließt sich in ihrer Beurteilung den Ergebnissen der EU-Evaluatoren an. Demnach hat das Projekt den Großteil der geplanten Aktivitäten erfolgreich umsetzen können und wurde von usbekischer Seite angenommen, wenngleich die politischen Rahmenbedingungen nicht einfach waren und die Projektimplementierung unter teilweise erheblichen strukturellen Schwierigkeiten litt.

19. Waren Maßnahmen zur Bekämpfung von Folter, die laut Informationen von Amnesty International maßgeblicher Bestandteil des usbekischen Strafsystems ist, Teil der Rechtsstaatsinitiative, die als Teil der EU-Zentralasienstrategie federführend von Deutschland und Frankreich betreut wurde?

Wenn ja, welche genauen diesbezüglichen Maßnahmen wurden durchgeführt und mit welchem konkreten Erfolg?

Wenn nein, warum nicht?

Die EU-Rechtsstaatsinitiative in Zentralasien wird von der Rule of Law Platform implementiert. Usbekistan hat der Rule of Law Platform bislang keine Genehmigung zur Durchführung von Maßnahmen in Usbekistan erteilt. Daher konnten keine Maßnahmen in Usbekistan durchgeführt werden. Eine von der Rule of Law Platform für Kasachstan erstellte Informationsschrift für Folteropfer konnte deshalb in Usbekistan nicht verbreitet werden. Die Rule of Law Platform hat im Oktober 2013 eine Konferenz zum Thema „Development of national human rights protection system in conditions of the country's modernization process: experience of Uzbekistan and international practices“ gefördert. Grundsätzlich legt die Rule of Law Platform bei all ihren Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen das europäische Rechtsverständnis zu Grunde, dazu gehören auch die Rechte der Europäischen Menschenrechtskonvention.

20. Auf welche spezifischen Entwicklungen bezieht sich der Rat der EU bei seiner Ankündigung zur Fortsetzung der EU-Zentralasienstrategie, „den bisher gezogenen Lehren und den Veränderungen in der Region sowie der sich wandelnden geopolitischen Lage ihres Umfelds Rechnung tragen“ zu wollen (Schlussfolgerungen des Rates zur Strategie der EU für Zentralasien vom 22. Juni 2015)?

Das Ziel der überarbeiteten Zentralasienstrategie ist es, die Kooperation zwischen der Europäischen Union und den fünf zentralasiatischen Staaten stärker an den unterschiedlichen Bedürfnissen der Länder Zentralasiens auszurichten. Darüber

hinaus wird auch eine stärkere Kooperation zwischen der Europäischen Union und anderen in der Region aktiven Organisationen angestrebt.

21. Mit welchen konkreten Änderungen der EU-Zentralasienstrategie plant die EU, die bisherige EU-Strategie an diese Entwicklungen anzupassen?

Sowohl bei den Themen als auch bei den Kooperationsformaten wird eine Neufokussierung vorgenommen, um die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den Ländern Zentralasiens künftig noch ergebnisorientierter zu gestalten. Hierzu sollen die handels- und energiepolitischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Staaten Zentralasiens ausgebaut und die Kooperation in den Bereichen Sicherheit, Stabilität und nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen intensiviert werden. Darüber hinaus wird die Europäische Union den zunehmenden Unterschieden zwischen den fünf zentralasiatischen Ländern Rechnung tragen, indem die Zusammenarbeit nach Bedarf auf regionaler oder bilateraler Ebene durchgeführt wird. Die Verbesserung der Menschenrechtssituation in Zentralasien bleibt weiterhin ein Schwerpunkt der EU-Zentralasienpolitik. Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 23 verwiesen.

22. Enthält die Neuauflage der EU-Zentralasienstrategie im Gegensatz zur bisherigen Strategie klare menschenrechtliche Forderungen, Kriterien, Benchmarks und Zeitpläne für die schrittweise Verbesserung der Menschenrechtssituation in den zentralasiatischen Staaten?

Wenn ja, welche?

Wenn nein, warum nicht?

Die am 22. Juni 2015 verabschiedeten Ratsschlussfolgerungen zur Überprüfung der EU-Zentralasienstrategie betonen, dass Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte weiterhin wesentliche Bestandteile der EU-Zentralasienstrategie sind, denen eine grundlegende Bedeutung zukommt. Die jährlichen Menschenrechtsdialoge zwischen der EU und den zentralasiatischen Ländern werden auch künftig fortgesetzt werden.

Forderungen EU-Parlament

23. Ist die Bundesregierung gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten, der Hohen Vertreterin der EU sowie dem EAD der Aufforderung des Europäischen Parlaments in seiner Entschließung vom 23. Oktober 2014 zu den Menschenrechten in Usbekistan (2014/2904(RSP)) gefolgt „unverzüglich eine Strategie in die Wege zu leiten, mit der Usbekistan dazu angehalten werden soll, in den kommenden Monaten konkrete, messbare Verbesserungen der Menschenrechtssituation durchzusetzen“? Wenn ja, welche Maßnahmen wurden ergriffen?

Wenn nein, warum nicht?

Die Europäische Union hält auch in Zukunft im Rahmen ihrer Zentralasienpolitik daran fest, die Verbesserung der Menschenrechtssituation in Zentralasien als einen der Schwerpunkte in ihrer Kooperation mit den zentralasiatischen Staaten zu thematisieren. Dies trifft auch auf Usbekistan zu. Hierzu dient unter anderem der bestehende EU-Menschenrechtsdialog mit Usbekistan, der das nächste Mal am 24. November 2015 in Taschkent stattfinden wird. Darüber hinaus wurde bislang keine weitere Strategie in die Wege geleitet.

24. Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Europäischen Parlaments, dass die EU bei fortbestehenden Menschenrechtsverletzungen die Initiative ergreifen sollte und beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen unter „Item 4“ eine Resolution vorschlagen sollte, damit ein gezielter länderspezifischer Mechanismus für Usbekistan eingeführt wird, „mit dem sichergestellt wird, dass der Menschenrechtsrat sich auf Dauer und vorgehend engagiert, und zwar durch Überwachung, öffentliche Berichterstattung und Debatten über die Menschenrechtslage in Usbekistan“ (Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Oktober 2014, 2014/2904(RSP))?

Wenn nein, warum nicht?

Wie bereits in den Antworten zu den Fragen 1, 9 und 10 ausgeführt, nimmt die Bundesregierung die glaubwürdigen Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Usbekistan mit großer Sorge zur Kenntnis, tauscht sich über das weitere Vorgehen mit den europäischen Partnern aus und thematisiert die Frage der Einhaltung der Menschenrechte in ihren Gesprächen mit der usbekischen Regierung. Dabei wird auch die Frage diskutiert, wie die Staatengemeinschaft sich im Rahmen der VN-Instrumente mit Usbekistan befassen sollte. Auch eine Behandlung unter Item 4 im Menschenrechtsrat kann hier eine Option sein.

25. Plant die Bundesregierung im Vorfeld der Sitzung des UN Menschenrechtsrats im September gemeinsam mit anderen Staaten einen Brief zu unterzeichnen, in dem Besorgnis über die Menschenrechtslage im Land zum Ausdruck gebracht wird und zur Einrichtung eines UN Sondermechanismus zu Usbekistan aufgerufen wird?

Die Bundesregierung hat zur Frage, welche UN-Mechanismen am besten geeignet sind, die Menschenrechtslage in Usbekistan zu verbessern, keine abschließende Bewertung vorgenommen. In Gesprächen mit der usbekischen Regierung wird regelmäßig eine Zusammenarbeit mit den VN-Sonderberichterstattern angemahnt. Auch werden fortgesetzte Menschenrechtsverletzungen klar angesprochen und in aller Deutlichkeit verurteilt.

26. Unterstützt die Bundesregierung die Forderung des EU-Parlaments an die EU, „Usbekistan davon in Kenntnis zu setzen, dass die EU gezielte Strafmaßnahmen verhängen wird“ falls in den sechs Monaten nach Entschließung des EU-Parlaments vom 23. Oktober 2014 keine konkreten Verbesserungen der Menschenrechtslage zu beobachten sind (Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Oktober 2014 2014/2904(RSP))?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung setzt nach wie vor auf die bisher verfolgte Politik, insbesondere den EU-Menschenrechtsdialog mit Usbekistan, den bilateralen Dialog mit Usbekistan sowie die Thematisierung von Menschenrechtsfragen im Rahmen internationaler Foren wie dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Auch wenn sich nur kleine Erfolge erzielen lassen, wie beispielsweise die Haftentlassung des regierungskritischen Journalisten Hayrulla Hamidov, stellt die Verstärkung eines aktiven Dialogs eine positive Entwicklung dar.

27. Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung der Menschenrechtslage in Usbekistan in den sechs auf die Entschließung des Europäischen Parlaments folgenden Monaten?

Trotz aller Bemühungen ist die Menschenrechtslage in Usbekistan weiterhin unbefriedigend. Allenfalls in wenigen Teilgebieten – insbesondere bei der Bekämpfung der Kinderarbeit – gibt es partielle Fortschritte. Auf diesem Gebiet begrüßt die Bundesregierung die Zusammenarbeit der usbekischen Regierung mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

28. Unterstützt die Bundesregierung wie vom EU-Parlament angeregt angesichts der fortbestehenden Menschenrechtsverletzungen gezielte Strafmaßnahmen gegenüber Usbekistan?

Wenn ja, welche?

Wenn nein, warum nicht?

Auf die Antwort zu Frage 26 wird verwiesen.

29. Sind der Rat der EU, die Kommission und der EAD nach Kenntnis der Bundesregierung der Aufforderung des Europäischen Parlaments gefolgt und haben dem Parlament „eine öffentliche Bewertung der Maßnahmen“ übermittelt, die die EU ergriffen hat, „um Usbekistan unter Druck zu setzen, damit das Land die von den Außenministern der EU 2010 festgelegten Menschenrechtskriterien erfüllt“ (Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Oktober 2014, 2014/2904(RSP))?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung nimmt Entschließungen des Europäischen Parlaments sehr ernst und betrachtet sie als wichtiges Orientierungsmerkmal. Die genannten EU-Institutionen entscheiden jedoch über die Ergreifung derartiger Maßnahmen in eigener Zuständigkeit und haben eine derartige öffentliche Bewertung der Maßnahmen bisher nicht vorgenommen.

30. Unterstützt die Bundesregierung die Forderung des Europäischen Parlaments nach einer Verbesserung des Menschenrechtsdialogs mit der Regierung Usbekistans und einer stärkeren Ausrichtung der Sitzungen des Menschenrechtsdialogs auf Ergebnisse (Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Oktober 2014, 2014/2904(RSP))?

Wenn ja, wie gedenkt die Bundesregierung zur Umsetzung dieser Forderung beizutragen?

Wenn nein, warum nicht?

Der EU-Menschenrechtsdialog ist ein wichtiges Forum, um mit der usbekischen Regierung regelmäßig und detailliert einen Dialog über die Lage der Menschenrechte in Usbekistan zu führen und dabei der europäischen Sorge über Menschenrechtsverletzungen Ausdruck zu verleihen. Die Bundesregierung unterstützt daher den EU-Menschenrechtsdialog und bringt sich darüber hinaus aktiv in dessen Vorbereitung und Durchführung ein. Eine Ausrichtung auf konkrete Ergebnisse wäre wünschenswert, muss aber von beiden Seiten nachhaltig verfolgt werden. Wenngleich es seitens der usbekischen Regierung keine Signale in diese Richtung gibt, wird die Bundesregierung in ihren Bemühungen jedoch nicht nachlassen.

EU Außenministerrat

31. Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung in Usbekistan bezüglich der in den Schlussfolgerungen des Rates „Auswärtige Angelegenheiten“ der EU vom 25. Oktober 2010 genannten Forderungen nach Fortschritten, insbesondere in folgenden Bereichen

- a) Freilassung aller inhaftierten Menschenrechtsaktivisten und politischen Gefangenen;

Die Entwicklung ist aus Sicht der Bundesregierung weiterhin unbefriedigend.

- b) Bereitschaft, die nichtstaatlichen Organisationen im Land ungehindert ihrer Tätigkeit nachgehen zu lassen;

Die Zahl der Nichtregierungsorganisation stieg in den letzten Jahren kontinuierlich an, so lag sie Ende 2014 nach offiziellen usbekischen Angaben bei 8.186. Durch die neue Verfügung des usbekischen Justizministeriums vom 4. Juni 2015 „Über die Genehmigung der Veranstaltungen der Nichtregierungsorganisationen“ wird die Tätigkeit von nichtstaatlichen Organisationen jedoch weiter eingeschränkt. Die Bundesregierung steht zusammen mit den anderen EU-Mitgliedstaaten zu diesem Thema im Dialog mit der usbekischen Regierung, um eine Ausweitung des Tätigkeitsfelds der Nichtregierungsorganisationen zu erreichen.

- c) uneingeschränkte Zusammenarbeit mit allen Sonderberichterstattern der Vereinten Nationen;

Die Bundesregierung setzt sich weiterhin nachdrücklich für eine Zusammenarbeit der usbekischen Regierung mit den Sonderberichterstattern der Vereinten Nationen ein.

- d) Gewährleistung der Redefreiheit und der Freiheit der Medien;

Die Bundesregierung schätzt die Lage als weiterhin unverändert ein. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 1a und 1b verwiesen.

- e) konkrete Umsetzung der Übereinkommen gegen Kinderarbeit;

Über die multilaterale Zusammenarbeit unterstützt die Bundesregierung die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die im Auftrag der Weltbank-Gruppe die Baumwollernte und die Einhaltung des Verbots von Kinderarbeit beobachtet. Usbekistan ergreift konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der die Kinderarbeit betreffenden IAO-Übereinkommen 138 und 182, so dass von der ILO in der Erntesaison 2014 nur einige wenige Einzelfälle beobachtet wurden. Die Bundesregierung hat die Berichte über Kinderarbeit und andere Formen von Zwangsarbeit bei der diesjährigen Baumwollernte in Usbekistan zur Kenntnis genommen und sie auch durch eigene Beobachtungen zu verifizieren versucht. Bei diesen stichprobenartigen Prüfungen konnte keine Kinderarbeit beobachtet werden; eine Überprüfung aus Erwachsenen-Zwangsarbeit war vor Ort aufgrund der Beobachtungsbedingungen nicht möglich.

- f) vollständige Angleichung der Wahlverfahren an internationalen Normen?

Die Bundesregierung kennt die Berichte von OSZE/ODIHR zu der Präsidentschaftswahl im März 2015 und sieht die darin aufgeführten Defizite an der Durch-

führung der Wahlen in Usbekistan mit Sorge. Insbesondere der mangelnde politische Wettbewerb und die Einschränkungen von Meinungs- und Versammlungsfreiheit führten dazu, dass die Wahlen als nicht internationalen Standards entsprechend beurteilt wurden.

32. Aus welchen Gründen beschäftigte sich der EU Außenministerrat seit 2010 nicht mehr mit der Menschenrechtslage in Usbekistan als explizitem Tagesordnungspunkt (über die Behandlung der EU-Zentralasienstrategie hinausgehend), obwohl sich die Menschenrechtslage laut Einschätzung von Menschenrechtsorganisationen nicht verbessert hat?

Es bestehen zwischen der Europäischen Union und Usbekistan bereits eine Reihe von Dialogforen, so etwa der Partnerschafts- und Kooperationsrat oder der 2007 eingerichtete Menschenrechtsdialog zwischen der Europäischen Union und Usbekistan, in deren Rahmen die Menschenrechtslage umfassend thematisiert wird. Die Ergebnisse werden regelmäßig in den einschlägigen Ratsarbeitsgruppen erörtert.

33. Wird sich die Bundesregierung darum bemühen, dass der Rat für Auswärtige Angelegenheiten der EU sich, wie von Menschenrechtsorganisationen gefordert, zügig wieder mit der Menschenrechtslage in Usbekistan befasst, in Schlussfolgerungen deutliche Kritik an den fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen in Usbekistan übt und klare Forderungen zur Verbesserung der Menschenrechtslage an die usbekische Regierung stellt?

Wenn ja, wann genau plant der Rat eine Befassung mit der Menschenrechtslage in Usbekistan?

Wenn nein, warum nicht, und wie deckt sich dies mit der Versicherung des Rats die Menschenrechtslage in Usbekistan auch weiterhin aufmerksam zu verfolgen (Schlussfolgerungen des EU-Außenministerrats vom 25. Oktober 2010)

Die Bundesregierung wird auch weiterhin beharrlich in direktem Kontakt mit der usbekischen Seite die Menschenrechtslage in Usbekistan ansprechen und auf substantielle Verbesserungen drängen. Wie bereits dargelegt unterstützt sie in diesem Zusammenhang den EU-Menschenrechtsdialog mit Usbekistan, im Rahmen dessen die Lage der Menschenrechte regelmäßig und detailliert behandelt wird. Die Bundesregierung betrachtet dieses Dialogforum als sinnvolles Instrument, um auf die usbekische Regierung einzuwirken. Angesichts der Tatsache, dass der nächste EU-Menschenrechtsdialog voraussichtlich am 24. November 2015 in Taschkent stattfinden wird, hält die Bundesregierung eine Befassung des Rats für Außenbeziehungen derzeit für nicht erforderlich.

Entwicklungszusammenarbeit

34. Welche konkreten menschenrechtlich relevanten Projekte wurden im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit gegenüber Usbekistan durchgeführt und mit welchem Erfolg?

Grundsätzlich sind alle Projekte der Bundesregierung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit an menschenrechtlichen Standards und Prinzipien ausgerichtet. Dies bedeutet zum Beispiel auch, dass benachteiligte Personengruppen gezielt eingebunden werden. Im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit in Usbekistan wurden Projekte vor allem in den beiden Schwerpunkten Gesundheit und Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung durchgeführt. Die Bundes-

regierung versteht ihr Engagement dort somit auch als Unterstützung bei der Umsetzung der sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte. Die Projekte werden so bevölkerungsnah wie möglich durchgeführt. Erste Erfolge sind zum Beispiel die Einführung einer staatlich garantierten Grundversorgung, die u. a. armuts- und krankheitsgefährdete Bevölkerungsgruppen vor massiven Gesundheitsausgaben schützt und eine Reduzierung der Armutsrate.

35. Welche konkreten menschenrechtlich relevanten Projekte sind im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit gegenüber Usbekistan geplant?

Die Entwicklungszusammenarbeit mit Usbekistan soll zunächst in den genannten Schwerpunkten Gesundheit und Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung fortgeführt werden.

36. Welche spezifischen Projekte beinhaltet der Bereich Rechts- und Justizreform der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Usbekistan, und wie bewertet die Bundesregierung jeweils den Erfolg dieser Projekte (bitte einzeln nach Projekten aufschlüsseln)?

Im Bereich Rechts- und Justizreform fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ausschließlich ein Regionalvorhaben „Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Zentralasien“. Ziel des Vorhabens ist es, die rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen für marktwirtschaftliches Handeln von Wirtschaftsakteuren und Unternehmen zu verbessern. An diesem Regionalvorhaben nimmt auch Usbekistan teil. Der Fokus 2012 bis 2014 lag auf der Förderung juristischer Fachkräfte vor allem durch die Gesetzgebungsberatung im Bereich des Zivil- und Verwaltungsrechts, die Erarbeitung von Kommentaren zur Verbesserung der Einheitlichkeit der Rechtsanwendung und die gezielte Durchführung von Fortbildungen für Richter und Rechtsanwälte hinsichtlich bereits reformierter Gesetze. Seit 2014 fördert das Vorhaben in Usbekistan den Zugang zu nationalen und internationalen Rechtsmaterialien und Gesetzesdokumenten für Stellen des Justiz- und Innenministeriums und des Gerichtswesens (Aufbau elektronische Datenbank). Darüber hinaus wird der Aufbau eines E-Learning Systems für den Justizbereich und Bildung fachlicher länderübergreifender Netzwerke (Regionaltagungen, Konferenzen) gefördert.

Durch die Teilnahme usbekischer Juristen an wissenschaftlichen überregionalen Konferenzen und Rundtischgesprächen mit dem Obersten Gericht, Obersten Wirtschaftsgericht und Justizministerium sowie an Studienreisen nach Deutschland wird sichergestellt, dass usbekische Juristen am Informationsaustausch zur rechtlichen Entwicklung in Zentralasien teilhaben. Zudem trägt das Vorhaben zur Schaffung von Reformbewusstsein bei.

Im Rahmen der Zusammenarbeit im Bereich der Justiz findet seit 2008 eine bilaterale Kooperation zwischen der vom Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz beauftragten Deutschen Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) und Usbekistan statt. Diese Zusammenarbeit gestaltet sich in Form eines Fachaustausches zu verschiedenen juristischen Themen. Bis 2013 war das Justizministerium in erster Linie der Kooperationspartner der IRZ. Seit 2013 arbeitet die IRZ mit dem Institut für Monitoring der Gesetzgebung beim Präsidenten der Republik Usbekistan zusammen, welches nun federführend die gemeinsamen bilateralen Maßnahmen mit unterschiedlichen usbekischen Institutionen koordiniert.

Thematisch hat sich die IRZ in den ersten zwei Jahren dem Bereich Gesetzgebung gewidmet. Ab 2010 beriet die IRZ auch zu den Themen Wettbewerbs- und Investitionsschutzrecht, Zivil- und Zwangsvollstreckung und die Rechtspflege, insbesondere das Notarwesen. Zudem lag der Schwerpunkt der Beratung auf der Weiterbildung der Richter und Staatsanwälte in Usbekistan.

In den letzten Jahren sind folgende bilaterale Veranstaltungen exemplarisch zu nennen:

- Konferenz zum Thema "Vervollkommnung von sozialrechtlicher Gesetzgebung: deutsche und ausländische Erfahrungen" in Taschkent im September 2013;
- Zum Verwaltungsrecht erfolgte eine zweijährige Zusammenarbeit zur Novellierung des Gesetzbuches über die verwaltungsrechtliche Verantwortlichkeit der Republik Usbekistan (Recht der Ordnungswidrigkeiten), die 2013 mit der Vorlage des Gesetzesentwurfes an das Parlament abgeschlossen wurde;

- Konferenz zur Gesetzgebung im Bereich des Straf- und Strafprozessrechts in Taschkent mit der Staatlichen Juristischen Universität zu Taschkent im Oktober 2014.

Für alle Maßnahmen gilt, dass sie das deutsche Rechtsverständnis und die im Grundgesetz verbürgten Grundrechte reflektieren. Auf dieser Grundlage basieren alle Beratungsmaßnahmen der IRZ.

37. Beinhaltet die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit spezifische Projekte zur Bekämpfung von Folter? Wenn ja, welche, und wie bewertet die Bundesregierung den Erfolg dieser Projekte?

Wenn nein, warum nicht?

Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Usbekistan beinhaltet keine spezifischen Projekte zur Bekämpfung von Folter. Gemäß der international in Paris (2005), Accra (2008) und Busan (2011) vereinbarten Wirksamkeitsagenda fokussiert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auf die mit der Partnerregierung vereinbarte Schwerpunkte Gesundheit und Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.

Kooperation in den Bereichen Sicherheitspolitik und Wirtschaftspolitik

38. Welche sicherheitspolitischen Interessen verfolgt die Bundesregierung in den Beziehungen zu Usbekistan?

Usbekistan kann nicht isoliert von den restlichen zentralasiatischen Staaten betrachtet werden. Die zentralasiatischen Staaten haben eine hohe strategische Bedeutung, was zum einen auf geopolitische Gründe zurückzuführen ist (gemeinsame Grenze mit Afghanistan) und zum anderen auf sicherheitsrelevante Aspekte wie Drogenschmuggel, internationaler Terrorismus und Extremismus. Usbekistan spielt in dieser Region aufgrund seiner geografischen Lage, seiner zentralen Stellung in der regionalen Geschichte und seiner Bevölkerungsgröße (mit derzeit rund 31 Millionen Einwohnern drittbevölkerungsreichstes Land der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten [GUS]) eine bedeutsame Rolle.

39. Welche sicherheitspolitischen Abkommen gibt es mit Usbekistan, und welche Leistungen erbringt Deutschland in diesem Zusammenhang für die usbekische Regierung?

Mit Usbekistan wurde am 16.11.1995 ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung geschlossen. Es ist seit dem 3. November 1997 in Kraft. Seitens des Bundeskriminalamts wurden seit 2008 nachfolgende Leistungen erbracht, die auch auf Artikel 7 des o. g. Sicherheitsabkommens gestützt werden können (Daten vor 2008 sind aufgrund von Aussonderung nicht mehr vorhanden):

2008: Ausbildungshilfe

- 02.06.-06.06.2008: Lehrgang „Operative Analyse“ (multinational in Kasachstan)
- 27.10.-01.11.2008: Lehrgang „Beweissicherung im Rauschgiftverfahren“ (multinational in Kasachstan)
- 29.01.-30.01.2008: Expertentreffen zum Thema „Rauschgiftbekämpfung“ (Wiesbaden)

2009: Ausbildungshilfe

- 19.09.-27.09.2009: Fachbesuch zur Vorbereitung auf Grundstoffsonderkontrollmaßnahme (Wiesbaden)

2010: Ausstattungshilfe

- 2 Kraftfahrzeuge der Marke Hyundai (Hyundai-Werksvertretung in Taschkent)
- 3 Computerausstattungen (Hardware) Verwendungszweck „Büro-/ Arbeitsplatzausstattung“

2014: Ausbildungshilfe

- 10.05.-17.05.2014: Lehrgang „Kfz-Identifizierung“ (Taschkent/Usbekistan)

2015: Ausbildungshilfe

- 08.09.-10.09.2015: Hospitation bei Abteilung "Kriminaltechnisches Institut" - Wiedersichtbarmachung entfernter Kennzeichnungen

In den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Mai 2011 werden Partnerschaft und Kooperation als Teil einer multinationalen Integration und globalen Sicherheitszusammenarbeit im Verständnis einer modernen Verteidigungsdiplomatie als Aufgabe für die Bundeswehr festgeschrieben. Diese Richtlinien finden in Bezug auf Usbekistan ihre Umsetzung in Form der Militärischen Ausbildungshilfe auf Grundlage der Vereinbarung vom 6. Oktober 1995. So haben beispielsweise seitdem über 180 usbekische Soldaten eine Ausbildung in Deutschland erfolgreich abgeschlossen. Schwerpunkt war neben der Generalstabsausbildung die militärische Führungsausbildung und Weiterbildung im Sanitätsdienst.

40. Beinhalten die Sicherheitsabkommen konkrete Klauseln mit klaren und überprüfbaren menschenrechtlichen Kriterien sowie rechtsstaatlicher Prinzipien und entsprechenden Benchmarks, Berichtspflichten und Überwachungsmechanismen?

Wenn ja, welche sind das?

Wenn nein, warum nicht?

Das Sicherheitsabkommen vom 16. November 1995 stellt sicher, dass Maßnahmen nach dem Vertrag Menschenrechtsverletzungen keinen Vorschub leisten können. Maßnahmen nach dem Vertrag stehen immer unter dem Vorbehalt des innerstaatlichen und damit deutschen Rechts. Artikel 9 enthält weiterhin eine Datenschutzklausel, die sich für die Übermittlung personenbezogener Daten am deutschen Datenschutzrecht orientiert. Artikel 8 enthält darüber hinaus eine allgemeine Rechtsstaatsklausel, die zur Verweigerung von Maßnahmen nach dem Vertrag u. a. berechtigt, wenn diese Maßnahmen gegen Rechtsvorschriften oder die Grundsätze der deutschen Rechtsordnung verstoßen. Dies ist immer dann der Fall, wenn die Verletzung von Menschenrechten zu befürchten ist. Weitergehende Rechtsstaats- oder Menschenrechtsklauseln enthält der Vertrag nicht, da solche Klauseln in der Regel von den Vertragspartnern nicht akzeptiert werden.

Im Rahmen der Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungspolitik finden gemäß der in der Antwort zu Frage 39 genannten Vereinbarung Maßnahmen der

Militärischen Ausbildungshilfe ausschließlich in Deutschland statt. Das usbekische Personal hat während seines Aufenthalts das Recht der Bundesrepublik Deutschland zu achten und unterliegt der deutschen Gerichtsbarkeit.

41. Wurden im Rahmen des Sicherheitsabkommens oder auf anderer Grundlage im Zusammenhang der Sicherheitskooperation Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Bundes nach Usbekistan entsandt oder ist dies geplant?

Wenn ja, wie viele und wie lange?

Mit welchem konkreten Auftrag?

Zusätzlich zu unter Frage 39 aufgeführten Ausbildungsmaßnahmen ist das Bundeskriminalamt seit dem 1. Oktober 1997 mit einem Verbindungsbeamten an der Deutschen Botschaft Taschkent vertreten. Von März 2001 bis Mai 2005 war der Standort mit zwei Verbindungsbeamten besetzt.

Im Rahmen der Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungspolitik befinden sich im Rahmen des bilateralen Jahresprogramms mit Usbekistan jährlich durchschnittlich drei bis vier deutsche Delegationen (die rund drei bis vier Personen umfassen) für drei bis vier Tage zu Fach- und Expertengesprächen in Usbekistan.

42. In welchem Umfang wurde seit Abschluss des Sicherheitsabkommens auf Grundlage dieses Vertrages oder anderweitig im Rahmen der Sicherheitszusammenarbeit Ausstattungshilfe für usbekische Sicherheitsbehörden (Polizei, Militär oder sonstige) geleistet (bitte aufschlüsseln nach Art, Anzahl, Verwendungszweck und Datum aufschlüsseln)?

Seit dem Jahr 2002 wurde den usbekischen Streitkräften in den Jahren 2004, 2005 und 2007 unentgeltlich Sanitätsmaterial aus Beständen der Bundeswehr überlassen. Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 39 verwiesen.

43. Kommt es im Rahmen der Sicherheitszusammenarbeit zum Austausch von personenbezogenen Daten zwischen Usbekistan und der Bundesrepublik Deutschland?

Wenn ja, wird sichergestellt, dass deutsche Datenschutzstandards eingehalten werden, und wie?

Ist der Austausch solcher Daten unter bestimmten Umständen ausgeschlossen?

Durch das vereinbarte Sicherheitsabkommen vom 16. November 1995 (siehe Antwort zu Frage 39) wurde keine über die nationale Rechtslage hinausgehende Grundlage für den Austausch personenbezogener Daten geschaffen. Der Datenaustausch findet somit ausschließlich auf der Basis der Regelungen des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG) und des Gesetzes über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten (Bundeskriminalamtgesetz – BKAG) statt.

Im Rahmen der Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungspolitik erfolgt die Übermittlung von personenbezogenen Daten sowohl im Rahmen von Visaverfahren bei Ein- und Ausreisen als auch im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen des bilateralen Jahresprogramms sowie der militärischen Ausbildungshilfe. Diese Übermittlung erfolgt gem. den Vorgaben des nationalen Beauftragten für den administrativen Datenschutz (ADSB).

Nach § 9 Absatz 2 Satz 1 BND-Gesetz in Verbindung mit § 19 Absatz 3 Satz 1 Bundesverfassungsschutzgesetz darf der BND personenbezogene Daten an ausländische öffentliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. Nach § 9 Absatz 2 Satz 1 BND-Gesetz in Verbindung mit § 19 Absatz 3 Satz 2 Bundesverfassungsschutzgesetz unterbleibt die Übermittlung, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Interessen des Betroffenen entgegenstehen. Nach § 8 Absatz 3 Satz 1 BND-Gesetz in Verbindung mit § 18 Absatz 3 Satz 1 Bundesverfassungsschutzgesetz darf der BND andere Behörden um die Übermittlung von Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist.

Eine weitergehende Beantwortung der Frage kann aus Gründen des Staatswohls nicht offen erfolgen. Im Rahmen der Zusammenarbeit der Nachrichtendienste werden Einzelheiten über die Ausgestaltung der Kooperation vertraulich behandelt. Die vorausgesetzte Vertraulichkeit der Zusammenarbeit ist die Geschäftsgrundlage für jede Kooperation unter Nachrichtendiensten. Dies umfasst neben der Zusammenarbeit als solcher auch Informationen zur konkreten Ausgestaltung sowie Informationen zu Fähigkeiten anderer Nachrichtendienste. Eine öffentliche Bekanntgabe der Zusammenarbeit anderer Nachrichtendienste mit Nachrichtendiensten des Bundes entgegen der zugesicherten Vertraulichkeit würde nicht nur die Nachrichtendienste des Bundes in grober Weise diskreditieren. Infolgedessen könnte ein Rückgang von Informationen aus diesem Bereich zu einer Verschlechterung der Abbildung der Sicherheitslage durch die Nachrichtendienste des Bundes führen. Darüber hinaus können Angaben zu Art und Umfang des Erkenntnis austauschs mit ausländischen Nachrichtendiensten auch Rückschlüsse über Aufklärungsaktivitäten und -schwerpunkte der Nachrichtendienste des Bundes zulassen. Es bestünde weiterhin die Gefahr, dass unmittelbare Rückschlüsse auf die Arbeitsweise, die Methoden und den Erkenntnisstand der anderen Nachrichtendienste gezogen werden können. Aus den genannten Gründen würde eine vollständige Beantwortung in offener Form für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland schädlich sein. Daher ist die über den offenen Teil hinausgehende Antwort als Verschlussache gemäß der VSA mit dem Geheimhaltungsgrad „VS-Vertraulich“ eingestuft. Es wird insoweit auf die in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestags hinterlegte Antwort verwiesen.*

44. Wie bewertet die Bundesregierung Erkenntnisse von Menschenrechtsorganisationen, wonach die usbekischen Behörden im Namen der Terrorismusbekämpfung schwere Menschenrechtsverletzungen begehen, darunter routinemäßige Folter, Verfolgung ganzer Familien, willkürliche Inhaftierungen, unfaire Gerichtsverfahren und Urteile, die auf Grundlage durch Folter erzwungener Geständnisse ergehen?

Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Usbekistan nimmt die Bundesregierung sehr ernst. In diesem Zusammenhang sind die Berichte von Menschenrechtsorganisationen wichtige Informationsquellen. Die Botschaft in Taschkent pflegt den Austausch mit vielen Menschenrechtsorganisationen, wie zum Beispiel Amnesty International, Human Rights Watch oder das Deutsch-usbekische Menschenrechtsforum.

* Das Auswärtige Amt hat die Antwort als „VS – Vertraulich“ eingestuft.

Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden.

45. Welche konkreten Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus diesen Erkenntnissen von Menschenrechtsorganisationen für ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Usbekistan?

Im Rahmen des seit 1996 mit Usbekistan durchgeführten bilateralen Jahresprogrammes finden im Bereich der Verteidigungspolitik u. a. regelmäßig Fach- und Expertengespräche zur Rolle von Streitkräften in einer Demokratie statt. Ebenso werden usbekischen Soldaten im Rahmen ihrer Ausbildung in Deutschland das Wertesystem und die Einsatzregularien der Bundeswehr vermittelt. Damit unterstützt die Bundeswehr die Entwicklung demokratisch orientierter Streitkräfte und nimmt positiven Einfluss auf die Ausbildung von ausländischem militärischem Führungspersonal vor dem Hintergrund des Wertesystems der Bundeswehr.

46. Kooperiert die Bundesregierung mit Usbekistan auch im Bereich der Terrorismusbekämpfung?

Wenn ja, wie genau sieht diese Kooperation aus?

Im Rahmen der Terrorismusbekämpfung erfolgt eine Zusammenarbeit des Bundeskriminalamts mit den usbekischen Sicherheitsbehörden in Form eines anlassbezogenen Informationsaustausches unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben und datenschutzrechtlicher Bestimmungen.

47. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass eine vereinbarte engere Zusammenarbeit in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu Menschenrechtsverletzungen durch die usbekische Regierung beiträgt?

Wenn ja, wie prüft die Bundesregierung menschenrechtliche Risiken, und wie begegnet sie möglichen Risiken?

Wenn nein, wie ist dies mit den menschenrechtlichen Verpflichtungen der Bundesregierung zu vereinbaren?

Eine Kooperation mit den usbekischen Behörden erfolgt ausschließlich nach den Maßgaben des innerstaatlichen und somit deutschen Rechts. Diese sieht eine strikte Einzelfallprüfung einer möglichen Informationsübermittlung vor und verbietet beispielsweise die Übermittlung personenbezogener Daten, wenn eine Verletzung von Menschenrechten zu befürchten ist.

48. Hat die Bundesregierung den Mietvertrag für die Nutzung des Militärflughafens im usbekischen Termez verlängert, wie das Magazin „DER SPIEGEL“ berichtet (Ausgabe 15/2015)?

Die Regierungsvereinbarung vom 13. April 2010 über Transit durch das Hoheitsgebiet der Republik Usbekistan und die Nutzung des Flughafens Termez tritt gemäß der einvernehmlichen Aufhebungsvereinbarung vom 14. Oktober 2015 am 31. März 2016 außer Kraft.

49. Welche Zahlungen werden von der Bundesregierung zur weiteren Nutzung des Stützpunktes in Termez geleistet?

Eine Entgeltzahlung über 2015 hinaus erfolgt anteilmäßig für den Zeitraum im Jahr 2016 bis zum Außerkrafttreten des Regierungsabkommens zum 31. März. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 53 sowie auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 21 des Abgeordneten Omid Nouripour verwiesen (vgl. Bundestagsdrucksache 18/5284).

50. Für Beträge in welcher Höhe wurde seit Beginn der Nutzung des Militärflughafens Termez durch die Bundeswehr Infrastruktur, militärisches Material und sonstige Ausrüstung durch die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut, bereitgestellt oder instandgesetzt (bitte nach Jahren und Art der Mittelverausgabung aufschlüsseln)?

Seit dem Jahr 2002 sind Mittel in Höhe von rund 21,1 Mio. Euro für die Bereitstellung und die Bauunterhaltung der Infrastruktur des Strategischen Lufttransportstützpunktes Termez aufgewendet worden. Eine genaue Aufschlüsselung nach Art und Jahren ist für den angefragten Zeitraum nicht möglich.

Darüber hinaus wurden Ausrüstungsgegenstände und Spezialfahrzeuge für das Ground Handling des Flugplatzes Termez im Wert von rund 1,1 Mio. Euro beschafft.

51. Welche Bedeutung hat der Militärflughafen Termez nach Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan noch für die Bundesregierung?

Die Bedeutung des Flughafens in Termez ist grundsätzlich abhängig vom deutschen militärischen Engagement in Afghanistan.

52. Wie begründet die Bundesregierung die fortgesetzte Nutzung des militärischen Teils des Flughafens von Termez durch die Bundeswehr nach der Beendigung der ISAF-Mission auch und insbesondere vor dem Hintergrund, dass kein anderes NATO-Mitglied einen Stützpunkt in Usbekistan für militärische Zwecke nutzt?

Die derzeitige Form der militärischen Nutzung von Termez im sogenannten „Stillstandbetrieb“ ermöglicht die kurzfristige Wiederaufnahme des geschützten Lufttransports unseres Personals und des von uns transportierten Personals unserer multinationalen Partner von und nach Afghanistan. Sie dient damit im Bedarfsfall der Sicherheit des in Afghanistan eingesetzten Personals. Da die strategische Verlegung des deutschen Einsatzkontingentes Resolute Support seit August 2015 zuverlässig unter Abstützung auf US-amerikanische Transportflugzeuge im Routinebetrieb stattfindet, ist eine Fortsetzung des derzeitigen Stillstandbetriebes nicht mehr erforderlich. In Termez vorgehaltene Kräfte, militärische Fähigkeiten und Bundeswehrmaterial sollen daher bis zum Jahresende 2015 zurückverlegt werden.

53. Mit wieviel Personal ist die Bundeswehr seit dem 1. Januar 2015 in Termez stationiert?

Seit dem 1. Januar 2015 sind durchgängig durchschnittlich 25 Soldatinnen und Soldaten in Termez stationiert. Darüber hinaus halten sich dort seit dem 7. Oktober 2015 bis zu 43 Soldatinnen und Soldaten auf, um die geordnete Rückverlegung des Bundeswehrmaterials bis zum Jahresende durchzuführen.

54. Wie häufig wurde seit dem 1. Januar 2015 der Militärflughafen Termez von der Bundeswehr zu welchen Zwecken angefliegen, und inwiefern ist eine dauerhafte Nutzung vertraglich bzw. darüber hinaus vorgesehen?

Zu Zwecken des Personalaustausches und der Versorgung wird Termez seit dem 1. Januar 2015 im Durchschnitt zweimal pro Woche mit Hubschraubern aus Mazar-e Sharif angefliegen. Darüber hinaus wurde Termez im gleichen Zeitraum von

Deutschland aus ebenfalls zu Versorgungszwecken einmal mit einem Frachtflugzeug angeflogen. Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 49 und 51 verwiesen.

55. Wann wurden das letzte Mal durch das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) Alternativen zu Termez geprüft, welche sind das, und warum hat sich die Bundesregierung – auch mit Blick auf die problematische menschenrechtliche Situation in Usbekistan und die veränderte Nutzung des Militärflughafens Termez durch die Bundeswehr – dennoch für eine weitere Kooperation mit Usbekistan entschieden?

Die Bedeutung für die Nutzung des Flugplatzes Termez ergibt sich aus der geographischen Lage in unmittelbarer Lage zu Afghanistan. Ungeachtet dessen werden im Rahmen der weiteren Planungen zum deutschen militärischen Engagement fortwährend auch Alternativen zu Termez betrachtet. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 48 verwiesen.

56. Wie bewertet die Bundesregierung die wirtschaftliche Bedeutung der Beziehungen zu Usbekistan?

Der bilaterale deutsch-usbekische Handel belief sich im Jahr 2014 auf 516,6 Mio. Euro. Usbekistan exportierte 2014 Güter und Dienstleistungen im Wert von 18,7 Mio. Euro (2013: 20,5 Mio. Euro) nach Deutschland und importierte Güter und Dienstleistungen im Wert von 497,9 Mio. Euro. Im ersten Halbjahr 2015 sank der deutsche Export nach Usbekistan um elf Prozent auf 203,2 Mio. Euro. Usbekistan nimmt damit bei den deutschen Einfuhren die Rangstelle 136, bei den deutschen Ausfuhren Platz 83 ein.

Usbekistan als bevölkerungsreichstes Land Zentralasiens hat zwar erhebliches wirtschaftliches Potenzial, dieses ist jedoch nicht ausgeschöpft. Problematisch sind vor allem schwierige Handels- und Investitionsbedingungen für unternehmerisches Engagement (u. a. verzögerte Konvertierung von Einnahmen ausländischer Unternehmen zur Devisenausfuhr, Protektionismus). Dies kommt in den internationalen Ratings zum Ausdruck. So belegte Usbekistan im Ranking „Ease of Doing Business“ des Jahres 2014 nur Platz 141 von 189 und im Corruption Perception Index aus dem Jahr 2014 Rang 166 von 175.

Die Bundesregierung unterstützt die Aktivitäten deutscher Unternehmen zur Erschließung und Sicherung ausländischer Märkte mit dem Instrumentarium der Außenwirtschaftsförderung (Hermes-Bürgschaften, Investitionsgarantien, Markterkundungsreisen, Auslandsmesseprogramm, Auslandshandelskammern, Exportinitiativen, Managerfortbildungsprogramm), das auch für Usbekistan zur Verfügung steht.

Am 25. Februar 2015 wurde in Berlin der Deutsch-Usbekische Wirtschaftsrat gegründet. Aufgabe des Wirtschaftsrats soll die Verbesserung der Rahmenbedingungen für deutsche Unternehmen sein.

57. Strebt die Bundesregierung engere wirtschaftliche Beziehungen mit Usbekistan an?

Grundsätzlich unterstützt die Bundesregierung die Aktivitäten deutscher Unternehmen zur Erschließung und Sicherung ausländischer Märkte. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 56 verwiesen.

58. Hat der Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, als er im Frühjahr 2015 eine vom usbekischen Vizepremierminister und Finanzminister Rustam Azimov angeführte usbekische Wirtschaftsdelegation empfing, Menschenrechtsverletzungen in Usbekistan angesprochen?

Wenn ja, welche und mit welchem Erfolg?

Wenn nein, warum nicht?

Am 25. Februar 2015 empfing der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, den Ersten Vize-Premierminister Usbekistans, Rustam Azimov, anlässlich dessen Reise nach Deutschland zur Teilnahme an der konstituierenden Sitzung des deutsch-usbekischen Wirtschaftsrats zu einem Gespräch. Dieses Gespräch fand ohne Teilnahme von Vertretern der Wirtschaft statt. Im Mittelpunkt stand dabei der Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Dabei verwies der Bundesminister Sigmar Gabriel insbesondere auf die Notwendigkeit der Schaffung transparenter und stabiler Rahmenbedingungen in Usbekistan, um das Interesse der deutschen Wirtschaft an einem wirtschaftlichen Engagement in Usbekistan zu fördern. In diesem Zusammenhang verwies der Bundesminister Sigmar Gabriel auch darauf, dass diese Rahmenbedingungen auch die Einhaltung der Menschenrechte in Usbekistan umfassen.

Einzelfälle

59. Mit welchen spezifischen Maßnahmen und welchem konkreten Erfolg setzt sich die Bundesregierung für die Freilassung aller gewaltlosen politischen Gefangenen in Usbekistan ein?

Die Bundesregierung spricht die Frage der Menschenrechte in Usbekistan regelmäßig im Rahmen von bilateralen Gesprächen an, so zum Beispiel anlässlich des Besuchs des usbekischen Außenministers Abdulaziz Kamilov in Berlin im Oktober 2014 oder des Besuchs des Direktors des Nationalen Zentrums für Menschenrechte der Republik Usbekistan, Akmal Saidov, im September dieses Jahres. Auch in multilateralen Foren thematisiert die Bundesregierung die Besprechung der Menschenrechtslage in Usbekistan, so zum Beispiel während des deutschen Vorsitzes im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im Juni 2015. Die Bundesregierung wirkt darüber hinaus aktiv an der Vorbereitung der EU-Menschenrechtsdialoge mit Usbekistan mit.

60. Welche konkreten Erfolge hatten die diesbezüglichen Bemühungen um die Freilassung gewaltloser politischer Gefangener?

Im Februar dieses Jahres wurde der Journalist Hayrulla Hamidov aus der Haft entlassen.

61. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur willkürlichen Verlängerung von Haftstrafen, insbesondere im Fall politischer Gefangener?

Die Bundesregierung sieht mit Sorge die usbekische Praxis, wonach Gefangene nach der Verbüßung ihrer ursprünglichen Haftstrafe auf fragwürdiger Grundlage zu einer erneuten Gefängnisstrafe verurteilt werden.

62. Mit welchen konkreten Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung und insbesondere die deutsche Botschaft in Taschkent Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger vor Ort?

Die Deutsche Botschaft unterhält einen engen Austausch mit den vor Ort tätigen einzelnen Menschenrechtsaktivisten, Menschenrechtsorganisationen, internationalen Organisationen und den usbekischen Behörden. Darüber hinaus beobachtet die Deutsche Botschaft Prozesse gegen Menschenrechtsverteidiger und begleitet diese auch zu ihren Prozessen, sofern dies von ihnen gewünscht und die Botschaft als Beobachter zugelassen wird. In diesem Zusammenhang wird auf die Antwort zu Frage 63 verwiesen

63. Beobachten Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung Prozesse gegen Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger und Prozesse in Fällen bei denen der begründete Verdacht besteht, dass die Angeklagten gefoltert wurden?

Wenn nein, warum nicht?

Vertreter der Botschaft beobachten in Usbekistan regelmäßig Gerichtsprozesse von Menschenrechtsverteidigern. In Einzelfällen wurde jedoch der Zugang zum Gericht verwehrt.

64. Beobachten Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung Prozesse bei denen der begründete Verdacht besteht, dass die Angeklagten gefoltert wurden?

Wenn nein, warum nicht?

Auf die Antwort zu Frage 63 wird verwiesen.

65. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Vorgehen der usbekischen Behörden gegen den usbekischen Journalisten Muhammad Bekzhanov, der sich mittlerweile seit 16 Jahren in Haft befindet und laut Angaben von Amnesty International nach seiner Verhaftung im Jahr 1999 schwer gefoltert wurde, um ihn zu einem falschen Geständnis zu zwingen, und wie bewertet sie dieses Vorgehen?

Der Fall des Journalisten Muhammad Bekzhanov ist der Bundesregierung bekannt, der auch im Rahmen des EU-Menschenrechtsdialogs mit Usbekistan angesprochen wird. Berichte über Folter zur Erpressung von Geständnissen nimmt die Bundesregierung mit Sorge zur Kenntnis.

66. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den derzeitigen Zustand von Muhammad Bekzhanov?

Der Bundesregierung ist bekannt, dass die Familie von Muhammad Bekzhanov in den letzten Jahren regelmäßig über eine Verschlechterung seines Gesundheitszustands berichtet hat. Dies ist einer der Gründe, warum gerade seine Freilassung wieder und wieder mit Nachdruck gegenüber der usbekischen Regierung eingefordert wird. Auch im Rahmen von Gesprächen mit dem Direktor des Nationalen Zentrums für Menschenrechte der Republik Usbekistan im September 2015 in Berlin wurde der Fall Bekzhanov besprochen.

67. Hat sich die Bundesregierung für die unverzügliche Freilassung Muhammed Bekhzanovs und eine unabhängige Untersuchung der von ihm erhobenen Foltervorwürfe eingesetzt?

Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und welchem Erfolg?

Wenn nein, warum nicht?

Auf die Antwort zu Frage 66 wird verwiesen.

68. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Vorgehen der usbekischen Regierung gegen Dilorom Abdukadirova, die nach ihrer Teilnahme an einer Demonstration in Andischan im Jahr 2005 ins Ausland fliehen musste und laut Informationen von Amnesty International nach ihrer Rückkehr trotz gegenteiliger Versicherungen der usbekischen Behörden festgenommen, offenbar gefoltert und in einem unfairen Gerichtsverfahren zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, und wie bewertet die Bundesregierung das Vorgehen der usbekischen Behörden?

Der Bundesregierung sind die entsprechenden Berichte bekannt, jedoch liegen ihr keine eigenen Erkenntnisse vor.

69. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den derzeitigen Zustand von Dilorom Abdukadirova?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen Erkenntnisse vor.

70. Hat sich die Bundesregierung für die unverzügliche Freilassung Dilorom Abdukadirovass und eine unabhängige Untersuchung der von ihr erhobenen Foltervorwürfe eingesetzt?

Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und welchem Erfolg?

Wenn nein, warum nicht?

Der Bundesregierung liegen zu diesem Fall kaum Erkenntnisse vor. Sie setzt sich aber zusammen mit der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten kontinuierlich für eine Verbesserung der Menschenrechtslage in Usbekistan und für eine Freilassung aller aus politischen Motiven inhaftierten Menschenrechtsaktivisten ein.

71. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Vorgehen der usbekischen Behörden gegen Erkin Musaev, einen ehemaligen Mitarbeiter des usbekischen Verteidigungsministeriums, der laut Erkenntnissen von Amnesty International in den Jahren 2006 und 2007 in einer Reihe unfairer Gerichtsverfahren auf Grundlage offensichtlich politisch motivierter Vorwürfe und eines durch Folter erzwungenen Geständnisses wegen Landesverrats und Amtsmissbrauchs zu 20 Jahren Haft verurteilt wurde, und wie bewertet die Bundesregierung das Vorgehen der usbekischen Behörden?

Zu Inhaftierung und Verurteilung von Herrn Erkin Musaev liegen der Bundesregierung nur wenige Informationen vor. Ihr vorliegenden Berichten hat sie entnommen, dass sein Zustand vor allem aufgrund unzureichender medizinischer Versorgung schlecht sein soll.

72. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den derzeitigen Zustand Erkin Musaevs?

Auf die Antwort zu Frage 71 wird verwiesen.

73. Hat sich die Bundesregierung für die unverzügliche Freilassung Erkin Musaevs und eine unabhängige Untersuchung der von ihm erhobenen Folttervorwürfe eingesetzt?

Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und welchem Erfolg?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat sich im Rahmen des EU-Menschenrechtsdialogs für eine Untersuchung der von Erkin Musaev erhobenen Folttervorwürfe eingesetzt.

74. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Vorgehen der usbekischen Behörden gegen Azam Farmonov, Mitglied der unabhängigen Menschenrechtsorganisation „Human Rights Society of Uzbekistan“, der laut Angaben von Amnesty International in Untersuchungshaft schwer gefoltert wurde, am 15. Juni 2006 zu neun Jahren Gefängnis verurteilt wurde und kurz vor Absolvierung seiner Haftstrafe wegen angeblicher Verstöße gegen die Gefängnisordnung zu weiteren fünf Jahren Haft verurteilt wurde, und wie bewertet die Bundesregierung das Vorgehen der usbekischen Behörden?

Der Fall von Azam Farmonov ist der Bundesregierung bekannt. Die Bundesregierung sieht mit Sorge die usbekische Praxis, nach der Gefangene vor dem Ende ihrer ursprünglichen Haft auf fragwürdiger Grundlage zu einer erneuten Gefängnisstrafe verurteilt werden. Auch dies wird im Rahmen des Menschenrechtsdialogs thematisiert.

75. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den derzeitigen Zustand von Azam Farmonov?

Der Bundesregierung liegen dazu derzeit keine eigenen Erkenntnisse vor.

76. Hat sich die Bundesregierung für die unverzügliche Freilassung Azam Farmonovs und eine unabhängige Untersuchung der von ihm erhobenen Folttervorwürfe eingesetzt?

Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und welchem Erfolg?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat sich im Rahmen des EU-Menschenrechtsdialogs mit Usbekistan nachdrücklich für eine Freilassung von Azam Farmonov eingesetzt. Zudem sandte die Bundesregierung zusammen mit anderen EU Mitgliedstaaten eine Verbalnote an das usbekische Außenministerium, um die Gründe für die Haftverlängerung Farmonovs zu erfahren. Auf Initiative der Bundesregierung wurde der Fall auch bei der Sitzung Nr. 1059 des Ständigen Rats der OSZE in Wien am 11. Juni 2015 im Rahmen einer EU-Erklärung gegenüber Usbekistan anhängig gemacht.

77. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Vorgehen der usbekischen Behörden gegen den Journalisten und Menschenrechtsverteidiger Salidzhon Abdurakhmanov, der laut Angaben von Amnesty International auf Grundlage konstruierter Vorwürfe wegen angeblichen Drogenbesitzes und geplanten Drogenhandels zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde und dessen Gesundheitszustand sich in Haft erheblich verschlechtert hat, und wie bewertet die Bundesregierung das Vorgehen der usbekischen Behörden?

Der Fall des Journalisten und Menschenrechtsverteidiger Salidzhon Abdurakhmanov ist der Bundesregierung bekannt.

78. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den derzeitigen Zustand Salidzhon Abdurakhmanovs?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen Erkenntnisse vor.

79. Hat sich die Bundesregierung für die unverzügliche Freilassung Salidzhon Abdurakhmanov und für ein Ende der Schikanierung und Inhaftierung von unabhängigen Journalisten und Menschenrechtsverteidigern eingesetzt?

Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und welchem Erfolg?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat sich in der Vergangenheit mehrfach gegenüber der usbekischen Regierung für die Freilassung von Salidzhon Abdurakhmanov eingesetzt. Dies erfolgte sowohl im Rahmen des EU-Menschenrechtsdialogs mit Usbekistan als auch in bilateralen Gesprächen. Bundesminister Steinmeier sprach seinen Fall gegenüber dem usbekischen Außenminister Abdulaziz Kamilov bei dessen Besuch in Berlin im Oktober 2014 an. Zudem wurde der Fall Abdurakhmanov auch während der kürzlich erfolgten Berlinreise des Direktors des Nationalen Zentrums für Menschenrechte der Republik Usbekistan, Akmal Saidov, besprochen.

Im November 2014 wurde Salidzhon Abdurakhmanov in Abwesenheit mit dem Johann-Philipp-Palm-Preis ausgezeichnet. Der Beauftragte für Menschenrechte der Bundesregierung, Christoph Strässer, würdigte diese Auszeichnung.

80. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Vorgehen der usbekischen Behörden gegen den Menschenrechtsverteidiger Isroil Kholdorov, der laut Angaben von Amnesty International gefoltert und im Jahr 2007 in einem unfairen Gerichtsverfahren wegen angeblicher Verbrechen gegen den Staat zu sechs Jahren verurteilt wurde, nachdem er nach der gewaltsamen Niederschlagung von Demonstrationen in der Stadt Andischan im Jahr 2005 mit internationalen Medien über Massengräber in und um Andischan gesprochen hatte, und dessen Haftstrafe wegen angeblicher Verstöße gegen die Gefängnisregeln im Juni 2012 um weitere drei Jahre verlängert wurde, und wie bewertet die Bundesregierung das Vorgehen der usbekischen Behörden?

Der Bundesregierung ist der Fall bekannt, doch liegen ihr derzeit keine eigenen Erkenntnisse hierzu vor.

81. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den derzeitigen Zustand Isroil Kholdorovs?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen Erkenntnisse vor.

82. Hat sich die Bundesregierung für die unverzügliche Freilassung Isroil Kholdorovs und eine unabhängige Untersuchung der von ihm erhobenen Folttervorwürfe eingesetzt?

Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und welchem Erfolg?

Wenn nein, warum nicht?

Auf die Antwort zu Frage 70 wird verwiesen.

83. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Vorgehen der usbekischen Behörden gegen die Menschenrechtsverteidigerin Elena Urlaeva, die

laut Angaben von Amnesty International am 31. Mai 2015 festgenommen wurde, von usbekischen Beamten gefoltert und sexuell gedemütigt wurde, um sie zum Aushändigen der Speicherkarte ihrer Kamera zu zwingen, nachdem sie zuvor den Einsatz von Zwangsarbeit auf usbekischen Baumwollfeldern dokumentiert hatte, und wie bewertet die Bundesregierung das Vorgehen der usbekischen Behörden?

Der Fall von Elena Urlaeva ist der Bundesregierung bekannt. Unmittelbar nach dem Vorfall haben Vertreter der Botschaft ein persönliches Gespräch mit ihr geführt.

84. Hat die Bundesregierung sich für eine unverzügliche Untersuchung der Foltervorwürfe Elena Urlaevas und ein Ende des Vorgehens gegen sie und andere Menschenrechtsverteidiger eingesetzt?

Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und welchem Erfolg?

Wenn nein, warum nicht?

Auf Initiative der Bundesregierung wurde der Fall bei der Sitzung Nr. 1059 des Ständigen Rats der OSZE in Wien am 11. Juni 2015 im Rahmen einer EU-Erklärung gegenüber Usbekistan anhängig gemacht; zudem wurde auf Initiative der Bundesregierung eine Verbalnote an das usbekische Außenministerium durch die EU übermittelt. Auch in der Sitzung des UN-Menschenrechtsrats am 25. Juni 2015 wurde der Fall Elena Urlaevas von Deutschland ausdrücklich angesprochen. Darüber hinaus wurde ihr Fall beim Berlin-Besuch des Direktors des Nationalen Zentrums für Menschenrechte der Republik Usbekistan, Herrn Akmal Saidov, im September dieses Jahres angesprochen.